

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 1/2 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6182.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Reiffers & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitrasse 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Weiter vorwärts!

Der Februar hat gehalten, was der Januar versprochen hat. Es ist weiter vorwärts gegangen im Verbands. Schneller als in irgendeinem Monat seit Ausbruch des Krieges. Fast 3000 Mitglieder wurden in den Zahlstellen, die berichtet haben, neu aufgenommen gegen noch nicht 2300 im Januar, dem bisher besten Monat. Dieser erfreuliche Erfolg der Werbearbeit müßte eigentlich alle Schwarzseher davon überzeugen, daß auch in der Kriegszeit noch sehr viel Mitglieder für den Verband gewonnen werden können, wenn fleißig gearbeitet wird.

Die Berichterstattung war für den Februar nicht ganz so gut wie im Vormonat. Es haben nur 378 Zahlstellen rechtzeitig Berichte eingekandt von 463 noch vorhandenen. Die berichtenden Zahlstellen hatten zusammen bei Kriegsausbruch 193 809, am Berichtstage 79 964 Mitglieder.

Ueber die Gestaltung und Veränderung des Mitgliederbestandes in den berichtenden Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	168 095	25 714	193 809
am 28. Februar 1917	56 890	23 074	79 964
Am 28. Februar 1917 weniger	111 205	2 640	113 845
Nur Heeresdienst einbezogen	97 148	—	97 148
Wied als Verlust	14 057	2 640	16 697

Es sind also in den berichtenden Zahlstellen in 31 Kriegsmoateten 16 697 Mitglieder mehr ausgehieden als eingetreten. Dieser Verlust entfällt jedoch auf das erste Kriegsjahr. Im Vorjahr konnten wir nicht nur die laufend entstehenden Verluste durch Neuaufnahmen ausgleichen, sondern darüber hinaus noch einen erheblichen Teil der Lücken ausfüllen, die das erste Kriegsjahr im unsere Reihen gerissen hat. Vor etwa einem Jahr betrug der Verlust im ganzen Verbands mehr als 25 000, heute ist er auf etwa 17 000 zusammengeschrumpft; es sind also in dieser Zeit rund 8000 Mitglieder mehr aufgenommen als ausgehieden sind. Die folgende Zusammenstellung der Eintritte nach Monaten ist nicht vollständig, weil sie nicht alle Zahlstellen erfasst, sondern nur die berichtenden, und die gegebenen Zahlen sind nur bedingt vergleichbar, weil die Zahl und die Zusammenfassung der berichtenden Zahlstellen wechselt und infolgedessen die Zahl der von der Berichterstattung erfassten Mitglieder schwankt. Immerhin gibt sie ein Bild von der erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Verbandes in den verfloßenen 10 Monaten.

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Im Monat Mai	575	419	994
" Juni	764	475	1239
" Juli	724	392	1116
" August	662	684	1346
" September	777	754	1531
" Oktober	565	890	1455
" November	634	981	1615
" Dezember	732	1008	1740
" Januar 1917	824	1463	2287
" Februar 1917	1356	1672	2928
Mai 1916 bis mit Februar 1917	7613	8483	16 096

In 10 Monaten sind mithin in den Zahlstellen, die berichtet haben, mehr als 16 000 Mitglieder dem Verbands beigetreten. Das ist gewiß weit weniger als in Friedenszeiten Regel war, aber es sind zugleich weit mehr als wir nach den Erfahrungen der ersten Kriegszeit hoffen durften. Besonders erfreulich ist das dauernde Steigen der Aufnahmefähigkeit in den letzten Monaten, vor allem die geradezu sprunghafte Steigerung im Februar. Dieser Monat hat uns auch eine geradezu auffällige Steigerung der Aufnahmen männlicher Mitglieder gebracht. Die Steigerung ist sogar erheblich stärker als bei den weiblichen, im Gegensatz zum Januar, der eine sprunghafte Steigerung der Aufnahmen weiblicher Mitglieder brachte. Welche besonderen Umstände diese Schwankungen verursachen, ist nicht zu ersehen.

Erste Bedenken löst der ganz außerordentlich hohe Bruchteil der Erkrankungen aus. Im Monat Januar hatten wir schon 2,6 vom Hundert erwerbsunfähig Kranke, gegen etwa 1,5 in normalen Zeiten, im Februar sind es gar 3 vom Hundert geworden. Wiederrum ist die Verhältniszahl bei den männlichen Mitgliedern mit 3,4 erheblich höher als bei den weiblichen mit 2 vom Hundert. Zum Teil erklärt sich sowohl die absolut hohe Krankenziffer wie auch der höhere Bruchteil bei den männlichen Mitgliedern daraus, daß die kräftigsten und gesündesten Männer ja eingezogen sind. Restlos erklärt wird jedoch die überaus hohe Krankenzahl dadurch nicht. Selbst wenn wir außerdem noch die Wetterverhältnisse im Februar als Krankheitsfördernd einsehen, bleibt ein Rest, der auf andre Ursachen zurückgeführt werden muß. Ob die größere Hast bei der Arbeit oder die Verminderung des Arbeiterschutzes, oder ob endlich die verschlechterte Ernährung die Hauptursache ist, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache einer bedenklichen Steigerung der Krankenzahlen besteht jedenfalls, und sie verdient Beachtung.

Die Arbeitslosigkeit hielt sich auf dem Umfang des Vormonats. Sie war stärker als in den letzten Monaten des Vorjahres, jedoch weniger infolge Arbeits- als infolge des Kohlenmangels. Als Erwerbslosenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen 8524 Mt. an arbeitslose und 71 318 Mt. an kranke Mitglieder ausgezahlt.

Das Hilfsdienstgesetz und die reklamierten Arbeiter und Angestellten

Die Zentralkomitees aller Gewerkschaften und mehrerer Angestelltenverbände haben an den Chef des Kriegsamt, General Gröner, eine Eingabe gerichtet in der sie gegen die Einziehung reklamierter Arbeiter bei einem Wechsel der Arbeitsstätte Einspruch erheben. Die Eingabe verweist zunächst darauf, daß „die mit dem Hilfsdienst eingezogene Arbeiter und Angestellten eine erhebliche Beschränkung ihrer Arbeitsvertragsgleichheit mit sich gebracht“ hat. Diese Maßnahme hätte, so heißt es weiter, „unsozialen Arbeitgebern die Möglichkeit zu willkürlicher Ausnutzung ihres Personals bieten können, wenn nicht gleichzeitig entsprechende Schutzbestimmungen, vor allem die Einziehung paritätischer Schlichtungsausschüsse u. v. m., in das Gesetz aufgenommen worden wären“. Diese Schutzbestimmungen seien auf die vom Heeresdienst zurückgestellten Wehrpflichtigen nur deshalb nicht ausdrücklich ausgedehnt worden, weil vom Präsidenten des Kriegsamt bei den Beratungen im Reichstage erklärt sei, daß „der für die Kriegswirtschaft Reklamerte während seiner Zurückstellung aus dem Dienst in der bewaffneten Macht ausscheidet und den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegt“.

In den ersten Rundgebungen des Kriegsamt ist auch ganz allgemein diesem Standpunkt Rechnung getragen worden, nur für einzelne, „mit besonderen Fachkenntnissen ausgestattete“ Arbeiter wurden Ausnahmen gefordert.

Am 2. Februar d. J. ist nun aber ein neuer Erlass des Kriegsamt herausgekommen, der die Stellung der Reklamierten grundsätzlich ändert. Während noch durch den Erlass vom 1. 1. 17 zugesichert war, daß die Einberufung wegen Stellenwechsels in keinem Falle vor der Entscheidung des Schlichtungsausschusses erfolgen darf, besagt jetzt der neue Erlass im Absatz 2:

„Die Wiedereinziehung aus Gründen, die in dem Verhalten des Wehrpflichtigen liegen, darf in der Regel erst erfolgen, nachdem durch den Schlichtungsausschuss festgestellt ist usw.“

Die Eingabe sagt zu dieser Aenderung: Diese neue Einschränkung ist für die Angestellten und Arbeiter unerträglich, denn der Schlichtungsausschuss ist der einzige Rechtsschutz, der ihnen in jedem Falle zugesichert worden war. Die Durchbrechung dieses Grundgesetzes ist weder aus militärischen, noch aus andern Gründen zu rechtfertigen.

Noch bedenklicher ist der Absatz 5 des neuen Erlasses:

„Wenn militärische Gründe es erforderlich machen, Wehrpflichtige zu ganz bestimmten Zwecken der Landesverteidigung oder der Seckriegführung zurückzustellen, so ist dies bei der Zurückstellung zum Ausdruck zu bringen. Scheidet der Wehrpflichtige aus einer solchen Stellung aus, so entfällt ohne weiteres die Voraussetzung der Zurückstellung; der Wehrpflichtige steht daher in diesem Falle der Heeresverwaltung für die sofortige Einziehung zur Verfügung. Vorstehendes trifft bei sämtlichen Leuten zu, die für die Marinebetriebe oder für bestimmte Arbeiten der Seckriegführung für Privatbetriebe zurückgestellt sind.“

Zu dieser Heraushebung ganzer Arbeitergruppen aus den Schutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes heißt es in der Eingabe: Eine derartige willkürliche Beschränkung jeder Freizügigkeit aller Angestellten und Arbeiter bestimmter Betriebe ist mit den im Reichstage gegebenen Zusicherungen unvereinbar und muß der Willkür der betreffenden Unternehmer Tür und Tor öffnen. Man kann zugeben, daß einzelne Facharbeiter für ganz bestimmte Zwecke vom Heeresdienst zurückgestellt und unersehbar sind; diese Voraussetzung kann aber niemals auf alle Angehörigen eines Betriebes zutreffen, ganz abgesehen davon, daß die Grenze, welche Betriebe „ganz bestimmten Zwecken der Landesverteidigung oder der Seckriegführung“ dienen, durchaus flüssig ist. Es bleibt hier ganz der Auslegung des einzelnen Generalkommandos überlassen, Tausende von Angestellten und Arbeitern den Lohnbedingungen ihrer Firmenleitungen bedingungslos zu unterstellen. Die Folgen dieser Verordnungen zeigen sich bereits in Stettin. Das stellvertretende Generalkommando des 2. Armeekorps hat am 10. Februar zu dem Erlass des Kriegsamt folgende Ausführungsbestimmung veröffentlicht (Mkt. IIb. Nr. 8730):

„Zu Ziffer 5: Die Vulkanwerke Stettin, die Schiffswerft von Rüst u. Co., Stettin, die Stettiner Oberwerke, Stettin, haben demnach ein ausgeschieden reklamierter Wehrpflichtiger aus der Arbeitsstelle sofort dem zuständigen Bezirkskommando mitzuteilen, welches diese beim stellvertretenden Generalkommando unter Angabe der Militärverhältnisse und Dienstfähigkeit zur Einziehung anbietet. Der gleichen Bestimmung unterliegen auch sämtliche noch für die Betriebe neu zu entlassende bzw. zurückzustellende Wehrpflichtige.“

Die Gewerbeinspektionen werden ersucht, hierher zu berichten, falls sich in Betrieben, die direkte Lieferungen zu ganz bestimmten Zwecken der Landesverteidigung oder der Seckriegführung haben,

Unruhe unter der Arbeiterschaft und Neigung zu größerer Abwanderung bemerkbar macht, so daß Unterstellung dieser Betriebe unter die Ziffer 5 vorstehenden Erlasses im Interesse der Landesverteidigung erforderlich erscheint.“

Welche unbefchränkte Macht auf diese Weise dem einzelnen Unternehmer über seine reklamierten Arbeitskräfte verliehen wird, geht mit unverkennbarer Deutlichkeit aus einem Rundschreiben der Vulkanwerke Hamburg-Stettin, Aktengesellschaft, vom 6. Februar 1917 (Original folgt in der Anlage) hervor. Unter Wiedergabe des Absatzes 5 des Erlasses vom 2. 2. 1917 leistet sich die Direktion der Vulkanwerke dazu folgenden Ufas:

„Wie aus der am Fuße dieser wiedergegebenen Verfügung des Kriegsamt vom 2. Februar 1917 ersichtlich, hat jeder Angehörige unserer Firma, welcher aus ihren Diensten ausscheidet, sofortige Einziehung seitens der Heeresverwaltung zu erwarten. Dieser Umstand ist uns Veranlassung alle Bureau- und Vertriebsstellen, wie deren Stellvertreter, auch die nachgeordneten Meister und Vorarbeiter eindrücklich zu bitten, im dienstlichen Verkehr mit ihren Untergebenen alles zu vermeiden, was als eine segenannte „Drohung mit dem Schützengraben“ aufgefaßt werden könnte.“

Die Eingabe meint mit Recht, die Ermahnung der Direktion der Vulkanwerke, die Drohung mit dem Schützengraben zu vermeiden, sei eine Verhöhnung der Arbeiter angesichts der Tatsache, daß bei Anwendung des Erlasses des Kriegsamt „der Schützengraben tatsächlich zu einer Strafanstalt für die Angestellten und Arbeiter“ gemacht wird. Die Eingabe verweist dann darauf, daß „die willenslose Auslieferung der Angestellten und Arbeiter an einzelne Firmenleitungen“ nicht ohne Rückwirkungen auf die Arbeitsfreudigkeit und damit auf die Produktion zu sein würde. Sie schließt mit folgenden Sätzen:

Wir können nicht verschweigen, daß der Erlass Gew. Exzellenz vom 2. Februar 1917 und die hier berichteten Vorkommnisse bei den unterzeichneten Organisationen eine tiefe Besorgnis für die wirksame Durchführung des Hilfsdienstgesetzes hervorgerufen haben, und wir bitten daher dringend, für die reklamierten Angestellten und Arbeiter den von Gew. Exzellenz im Reichstage seinerzeit zugesicherten Rechtszustand wiederherzustellen, bevor eine weitere und unvermeidliche Beunruhigung unter den Arbeitnehmern der betreffenden Betriebe Platz greift.

Untersignet ist auch diese Eingabe von E. Begien für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; A. Stegerwald für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; G. Hartmann für den Verband der Deutschen Gewerbetreibenden (H.-D.); A. Gwizdek für die Polnische Berufsvereinigung; Dr. Böhler für die Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände; A. Uffhäuser für die Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht und von Dr. Höfle für die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Eine Satzung für den Arbeiterausschuß.

Die Neuorganisation der Arbeiterausschüsse auf Grund des § 11 des Hilfsdienstgesetzes rückt diese in den Vordergrund des Interesses der Arbeiterschaft. Auch diese Ausschüsse müssen in Zukunft mehr als bisher als ein Mittel betrachtet werden, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Dazu gehört nicht nur die Teilnahme an den Ausschüßwahlen und die Besetzung der Ausschüsse mit tatkräftigen Gewerkschaftsmitgliedern, sondern auch der Ausbau der Substitution überhaupt. Gerade der Aufbau und die Aufgaben der Arbeiterausschüsse waren seither recht umstritten und recht wenig umrissen.

Der Kräftigung und Stärkung der ganzen Einrichtung dient zweifellos eine geschriebene Satzung des Arbeiterausschusses, die über seine Zusammenfassung und Tätigkeit die nötigen Bestimmungen festlegt. Es wird für die Wirksamkeit des Ausschusses von großem Vorteil sein, eine derartige Grundlage und Richtschnur zu besitzen. Der Ausschuß steht auf festen Füßen und die organisatorischen Zweifelsfragen sind um so geringer, je ausführlicher sie in der Satzung geregelt sind.

Schon für die seitherigen Arbeiterausschüsse sind vielfach solche Bestimmungen vorhanden. Teils sind sie in die Arbeitsordnungen hineingearbeitet und bestehen zuweilen nur aus wenigen Sätzen, teils sind sie in einer besonderen Satzung als Anhang zur Arbeitsordnung untergebracht und sind oft recht ausführlich. Inhaltlich bieten sie ein recht buntes Bild. Dit ist schon aus diesen Vorjahren zu ersehen, daß der Ausschuß nur ein Ausstattungsstück sein soll.

Bei der gegenwärtigen Neuorganisation wird es gut sein, hier Besserung und Einheitlichkeit herbeizuführen. Die neuen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes sind möglichst nutzbar zu machen. Alle Satzungen sind tunlichst neu aufzustellen; für neue Ausschüsse ist eine selbständige neue Satzung festzulegen. Mit Rücksicht auf die amtlichen Wahlordnungen für die Ausschüßwahlen

— sieben — Aufsichtsratsmitglieder zusammen mehr als eine Million Mark jährlich als Entschädigung für ihre gewiß nicht allzu aufreubende Tätigkeit; jeder einzelne also mehr als 100 000 Mk. Das ist gewiß ein Stümchen, wovon sich's auch in der so leuten Kriegszeit noch leben läßt.

Die Beschreibungen des Unternehmens sind überreichlich. Insgesamt wurden 1 412 668 Mk. dafür aufgewendet. Ein neues Werksgebäude, dessen Ausführung mehr als 1 Million Mark kostete, wurde billig abgeschrieben. Die Maschinen und die Fabrikutensilien stehen nur noch mit je 1 Mk. zu Buche; ebenso die Beamten- und Arbeiterwohnhäuser und das Junggefellensheim. Die Bestände an Automobilen, Schreibmaschinen, Rechenmaschinen usw. sind gleichfalls billig abgeschrieben. Der Buchwert des Unternehmens steht also erheblich unter dem tatsächlichen Wert.

Die Reserven haben zusammen den Betrag von 20 050 000 Mk. erreicht; das sind 167 Prozent des Aktienkapitals. Außerdem besteht noch ein „Kriegsvorkontokonto“ mit 5 Millionen Mark, das speziell zur Deckung etwa kommender Verluste oder zur Bezahlung der Kriegsgewinnsteuer vorgesehen ist. An Kriegsanleihe hat die Gesellschaft 18 Millionen Mark für die ersten fünf Anleihen und 10 Millionen Mark für die sechste Anleihe gezeichnet.

Anerkannt werden soll auch in diesem Zusammenhange, daß die Gesellschaft ihren sozialen Aufgaben in der Kriegszeit in weitem Umfang gerecht wird. Sie unterstützt die Familien der eingezogenen Arbeiter des Betriebes, und sie hat auch für die eingezogenen selbst erhebliche Aufwendungen gemacht. Im Jahre 1916 wurden 1 825 735 Mk. als Unterstützung an die Kriegsfamilien und 334 093 Mk. für Lebensgaben ins Feld und an die in Gefangenschaft geratenen Beamten und Arbeiter ausgegeben. Vom Beginn des Krieges bis Ende 1916 hat sie insgesamt 5 092 096 Mk. für Kriegshilfe aller Art aufgewendet. Laufende Unterstützungen erhalten 3 228 Kriegsfamilien mit 4 984 Kindern.

Aus den Gewinnen der ersten beiden Kriegsjahre hatte die Gesellschaft eine Million zur Unterstützung der Hinterbliebenen von Gefallenen zurückgestellt. Diese Summe wurde im Berichtsjahre dem Unternehmen wieder zugeführt, dafür aber ein Fond von 1 1/2 Millionen Mark für diesen Zweck neu ausgeschrieben. Dieser Betrag soll den Grundstock einer Stiftung bilden, die den Hinterbliebenen der gefallenen Beamten und Arbeiter des Unternehmens Unterstützungen sichern soll.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die weitgehende Kriegsfürsorge der „Continental“ angenehm abfällt von der bettelhaften Abfindung der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien in manchen andern, gleichfalls kapitalstarken Unternehmen. Trotzdem lehnen wir es ab, der Gesellschaft schwallstige Lobreden zu widmen, weil wir in einer solchen Fürsorge nicht mehr sehen als die Erfüllung einer sozialen Pflicht. Daß so viele Unternehmen sich dieser Pflicht entziehen, ist beklagenswert, ja verächtlich; daß die Continental sie erfüllt oder doch zu erfüllen versucht, ist loblich und gut. Daß wir die sogenannten Wohlfahrts- einrichtungen, deren auch die Continental eine ganze Menge hat, grundsätzlich anders beurteilen, haben wir schon so oft dargelegt, daß wir heute nicht noch einmal darauf einzugehen brauchen. Es sei also nur die Tatsache verzeichnet, daß das Unternehmen in dem Jahrsfrist 1912—1916 für die Arbeiterversicherung 1 056 708 Mark für freiwillige „Wohlfahrtszwecke“ aber 2 158 140 Mk. aufgewendet hat.

Ueber die Zukunft des Unternehmens sagt der Bericht nichts. Nur der Hoffnung wird Ausdruck gegeben, daß „nach einem mit Gottes Hilfe erpöckten Siege auch unser Werk sich zu neuer Blüte entfalten wird“.

Neue Quellen für Fette und Seife?

Wie die „Chemikerzeitung“ mitteilt, ist dem Chemiker Prof. Dr. C. Harries, dem Erfinder eines Verfahrens zur Herstellung künstlichen Kautschuks, in Gemeinschaft mit seinen Mitarbeitern Dr. Rudolf Koesch und Emald Fonvorbe die Herstellung von Fettsäuren und Fettprodukten auf künstlichem Wege gelungen, und zwar aus Stoffen, die für unser wirtschaftliches Leben keine oder nur äußerst geringe Bedeutung haben.

Bei der Destillation der Braunkohle entstehen beträchtliche Mengen von Ölen, sogenannte Teeröle, mit denen man nichts Rechtes anfangen konnte. Man hat diese Öle als Brennstoff benutzt, man hat sie auch als Schmieröl zum Schmieren von Maschinen verwandt, aber schon seit geraumer Zeit war man der Ansicht, daß sich aus ihnen doch auch wertvollere Erzeugnisse gewinnen lassen. Zu Schmierölen waren sie nicht besonders geeignet, da sie leicht dazu neigten, in Harze überzugehen, die dann die Maschinenteile verkleben und ihre leichte Beweglichkeit beeinträchtigen. Infolge aller dieser Umstände haben die Verjuden, diese schwierig zu behandelnden und wenig wertvollen Öle in bessere Erzeugnisse umzuwandeln, in neuerer Zeit eigentlich nie aufgehört. Aber was man auch begann, der Erfolg wollte sich nicht einstellen. Professor Harries unternahm diese Öle nun einer Oxydation nach einem besonderen Verfahren. Die anfangs gleichfalls erfolglosen Versuche wurden später von Erfolg gekrönt. Es entstand schließlich ein Erzeugnis, das genau so wie die Fette durch Behandlung mit Kali in Seifen übergeht. Man kann sowohl richtige Schmierseifen wie auch härtere Seifen erhalten, die sich sogar pulverisieren lassen und die ihrer chemischen Natur nach Natronseifen vorstellen, also jene Art von Seifen, die wir als Toiletteseifen zu verwenden pflegen. Die Natronseife schäumt ebenso wie die Kaliseife, die Schmierseife, außerordentlich gut und läßt sich durch Pressen in die verschiedenartigsten Formen bringen.

Das Verfahren von Professor Harries ist angeblich bereits bereits durchgearbeitet, daß man nun daran denken kann, zu seiner industriellen Ausgestaltung überzugehen. Es liegt schon seit einiger Zeit fertig vor, doch wurde, wie die „Chemikerzeitung“ mitteilt, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Erlaubnis zu seiner Veröffentlichung erst jetzt erteilt. Für unsere Öl- und Fettwirtschaft wird es, sofern sich die in die Wege zu leitende industrielle Ausnutzung günstig gestaltet, von hoher Bedeutung werden. Jedenfalls steht auf Grund durchgeführter Versuche heute bereits jenseit, daß sich die nach dem Harries'schen Verfahren gewonnenen Fettseifen mit Erfolg zu industriellen Zwecken, besonders in der Lederindustrie, verwenden lassen.

Es wäre recht erfreulich, wenn es tatsächlich gelingen würde, die Braunkohleteeröle besser nutzbar zu machen. Uebertriebene Hoffnungen darf man an die Nachricht jedoch nicht knüpfen. Wir sind in der Kriegszeit schon mit allerlei Erfindungen und Entdeckungen beglückt und nachher hereingelegt worden. Ueberdies zeigt der Satz, in dem mitgeteilt wird, daß sich die so gewonnene Seife für industrielle Zwecke verwenden lasse, daß eine allgemeine Verwertung selbst von den Erfindern nicht in Aussicht gestellt wird.

Wie Munitionsfabriken aus der Erde wachsen.

Die Herstellung von Munition für den Krieg hat in allen beteiligten Ländern einen Umfang angenommen, der alle früheren Vorstellungen weit übersteigt. Bestehende Unternehmungen der Sprengstoffindustrie werden auf das Vielfache ihres früheren Umfangs erweitert, neue Betriebe werden gewissermaßen über Nacht aus dem Boden geschampft. Nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch anderswo. Vor allem in England, das im Frieden eine hinter der deutschen weit zurückbliebende Sprengstoffindustrie hatte und sich jetzt bemüht, den Vorsprung einzu-

holen. In welchem Tempo und in welchem Umfang dort Munitionsfabriken gegründet werden, schildert (nach dem „B. P.“) Connan Doyle im „Daily Chronicle“ wie folgt:

„Es ist vielleicht der merkwürdigste Platz der Welt. Noch vor wenig mehr als einem Jahr, im September 1915, war es eine riesige Moorfläche an der See, die als Hinterland ein verlassenes Moor hatte, wo die Seemöwen freiläßen. Dann streckte die mächtige Hand des Munitions- münsters sich über diese einsame Wüste, weil sie eine gute Wasser- und Eisenbahnverbindung mit den Eisen- und Steinkohlenzentren hatte. Es war eine Entwicklung, die mehr an Westamerika als an bedantische enal- lische Methoden glauben läßt. Es kam Leben in die Wüste, und alles entwickelte sich blühen. Auf einem Ackerbauplan von 9 Meilen Länge und 1 1/2 Meilen Breite sind täglich mehr als 250 000 Mann an der Arbeit. Der größte Teil besteht aus auswärtsgekehrten, die weitere Gebäude der neuen Stadt auführen. Fast die Hälfte aber besteht schon aus Munitionsarbeitern, die später ausschließlich hier wohnen werden.“

Diese Munitionsarbeiter — und das ist ein neues Wunder — sind ausschließlich Mädchen. Sie sind noch nicht alle an Ort und Stelle, aber in kurzem sollen es mehr als 12 000 sein, die nichts tun, als den ganzen Tag Munition herstellen. Im Zentrum der Stadt liegen die Verwaltungsgebäude, die Telefonstation, der große Klub des technischen und Kontorpersonals, das Krankenhaus, das Kino- theater und eine Reihe von Verkaufsläden. Von diesem Zentrum laufen straßenförmig schnurgerade Reihen von Gebäuden, zunächst kleinen Häu- sern, wo in Pensionen die jungen Mädchen und Frauen herbeibrat werden. Im Zentrum wohnt die Bevölkerung der Munitionsstadt, im Norden und Süden arbeiten sie. Im Süden werden die Grundstoffe herge- stellt, die sämtlich an Ort und Stelle produziert werden. Das ist eine riesengroße Salpetersäurefabrik, rechts von ihr steht eine noch größere Schwefelsäurefabrik von so großer Leistungsfähigkeit, daß England's Gesamtproduktion an Schwefelsäure durch sie mehr als verdoppelt wird. Nicht daneben ist der Stapelplatz der Rohbaumwolle. Es folgen die Glyzerinmälzerie, die Mälzer- und die Alkohol-Destillieranstalten und die Fabrik, in der die Schießbaumwolle endgültig verfertigt wird. Von hier wird das fertige Produkt durch eine Feldbahn nach einem Hügel in der Nachbarschaft über- geführt, der der Nitroglyzerin Hügel heißt. Es muß ein Hügel sein, da Glyzerin nicht durch Pumpen befördert werden kann, sondern durch das eigene Schwergewicht an seinen Bestimmungsort fließen muß. Auf dem Hügel wird das Glyzerin mit der Schießbaumwolle zu einem Pulver ge- netet. Das ist höchst gefährlich. Für Druck weniger, aber die geringste Spigeentwicklung würde sofort eine Kettenexplosion verursachen. Die lachenden Mädchen in Schafblüten, die so lustig mit diesem Produkt hantieren, würden, wenn eine bestimmte Veränderung eintritt, in Stücke gerissen werden. Natürlich ist dafür gesorgt, daß ein Unfall nach Möglichkeit verhindert wird, und einleitenden Läden die Mädchen noch und treten das Teufelszeug, aber der Abstand zwischen Leben und Tod bleibt doch sehr gering. Eine höchst wachsame und präzise Kontrolle wacht darüber, daß diese Grenze eingehalten wird.“

Wir glauben nicht, daß die „lachenden Mädchen in Schafblüten“ wirklich so lustig zwischen Leben und Tod ihre nicht nur gefährliche, sondern auch schwere und unangenehme Arbeit tun. Aber wir verstehen gern, daß Connan Doyle seinen Aufsatz schließt mit den anerkennenden Worten: „Für die vor der englischen Frau! Ich werde von jetzt an ein Wort an die Frauen wahren Rechts sein“ und wir wünschen, daß die deutschen Frauen und Mädchen, die nicht weniger tun als ihre englischen Geschlechtsgefährtinnen, dieselbe Aner- kennung in Deutschland erfahren.

Keramische Industrie

Entwicklung der Zementpreise im Kriege.

Die starken Preissteigerungen während der Kriegszeit erstrecken sich auch auf solche Waren, nach denen die Nachfrage nicht stärker, sondern schwächer ist als vor dem Kriege. So ist Zement, obwohl die Bauaktivi- tät gering ist, sehr stark im Preise gestiegen. Nach einer Aufstellung im „Zement“ betrug der Preis für 170 Kilogramm Zement in Berlin am 1. August 1914, also bei Kriegsausbruch, 5,30 Mk., am 15. Januar 1917 dagegen 9,85 Mk. Die Preissteigerung beträgt also 86 Pro- zent. Noch stärker ist die Steigerung im Kleinhandel. Nach derselben Notiz hat nämlich der „Verband der Baugeschäfte Groß-Berlin“ für die Materiallieferung seiner Mitglieder an die Bauherren Preise auf- gestellt, die am 15. Januar dieses Jahres um 100 bis 150 Prozent höher waren als bei Kriegsausbruch. Es ist also, wie das ja die Regel ist, mit den Preisen zugleich der Aufschlag des Zwischenhandels erheblich heraufgesetzt worden. Wir können in diesem Zusammenhange nicht nachprüfen, ob die Preisauflage tatsächlichen Mehrkosten ent- sprechen oder nur eine rücksichtslose Ausnutzung der Lage derselben ist. Sie sind hier nur erwähnt, um daran zu zeigen, wie, sagen wir einmal un- behelblich, die Unternehmer mit ihren Preissteigerungen sind. Wie sieh' es aber mit der Arbeiterkraft in der Zementindustrie? Es werden wenige darunter sein, die sich rühmen können, ihren Arbeitslohn in der Kriegszeit verdoppelt und einen halbwegs annehmbaren Ausgleich für die pestigen und immer noch steigenden Unterhaltungskosten gefunden zu haben. Warum gelingt den Zementarbeitern nicht, was den Zement- fabrikanten so leicht wird? Weil die Arbeiter wenig, die Unternehmer sehr fest organisiert sind. Allerdings haben die Unternehmer die Hilfe der Regierung zur Stärkung ihrer Organisation erbeten und erhalten. Die Organisation der Arbeiter wird von der Regierung weder gefördert noch gar erzwungen. Um so mehr sollen die Arbeiter sich freiwillig zu- sammenschließen, um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck ver- schaffen zu können.

Zusammenschluß der Unternehmerorganisationen.

Der Verband deutscher Textilindustrieller und der Verband deutscher Ziegelverlauerorganisationen hatten am 27. Februar in Berlin eine ge- meinsame Versammlung. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: „Verschmelzung der verschiedenen Tonindustrieverbände“. Ob die Ver- handlungen darüber zu einer Verschmelzung geführt oder eine solche näher gerückt haben, entzieht sich zur Zeit noch unserer Kenntnis. Es ist aber die Tatsache bemerkenswert, daß die Unternehmer jetzt so zürria dabei sind, ihre Organisationen durch Vereinigung zu härten. Die Arbeiterkraft sollte sich an solchen Vorgängen im Lager der Unternehmer ein Beispiel nehmen und nicht durch Zersplitterung ihre Kräfte schwächen, wie es jetzt in der Partei geschehen ist und in den Gewerkschaften versucht wird.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Zeugungszulagen für die Invaliden- und Unfallrentner.

Die Generalkommission hat dem Deutschen Reichstag am 3. März d. J. eine Eingabe zur Abstellung der Not der Rentenempfänger unter- breitet. Darin wird betont, daß die Invalidenrenten eine aus- reichende Lebensunterhalt nicht gewährleisten, eine Arbeiterversicherung deshalb dringend notwendig sei. Ein bei verschiedenen Landesver- sicherungsanstalten unternommener Versuch, auf Grund des § 1274 R.-V.-D. zu einer besonderen Zuwendung an die Invaliden zu gelangen, hat keinen Erfolg gehabt. Besonders wohl deshalb nicht, weil die geltenden Bestimmungen der Versicherungsgesetze solche Zuwendungen nicht zulassen. Die Eingabe fordert nun eine durchgängige Erhöhung der Renten um 50 Prozent durch entsprechende Minderung der gesetzlichen Bestimmungen. Eine solche Erhöhung der Renten würde etwa 100 000 Mk. jährlich erfordern; eine Summe, die unbedenklich dem rund 2/3 Milliarden Mark betragenden Vermögen der Versicherung entnommen werden könnte.

Für die Unfallrenten schlägt die Eingabe gestaffelte Erhöhungen vor. Renten unter 50 Prozent sollen bleiben wie sie sind, Renten von 50 bis 75 Prozent um 20 und solche von mehr als 75 Prozent um 33 1/2 Prozent erhöht werden. Alle Unfallrenten aber sollten nach den Ortsohnfüßen für 1916 berechnet werden, soweit diese höher sind als diejenigen, nach denen bisher die Berechnung erfolgte. Die Eingabe läßt

die Vorschläge am Schluß wie folgt zusammen: Der Reichstag wolle die Verbesserten Bestimmungen erlassen,

auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundes- rats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs- Gesetz-Blatt S. 327) eine Verordnung zu erlassen, wonach mit rück- wirkender Kraft vom 1. Januar 1917 an als Kriegsmaßnahme

- a) die auf Grund der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung oder der früheren Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenver- sicherung gezahlten Renten um 50 vom Hundert erhöht werden;
- b) 1. die auf Grund der Vorschriften der R.-V.-D. oder der früheren Gesetze über die Unfallversicherung gezahlten Renten umzurechnen sind nach einem Jahresarbeitsverdienst, der sich nach dem am 31. Dezember 1916 geltenden Ortsohnfüßen (§§ 570, 934, 935, 1067 R.-V.-D.), dem Jahresarbeitsverdienst für Land- und Forstarbeiter (§ 936 R.-V.-D.) oder dem Durchschnittssatz für Seelente (§ 1067 R.-V.-D.) ergibt, falls ihrer Berechnung ein geringerer Jahresarbeitsverdienst zugrunde liegt;
- 2. zu den Unfallrenten von 50 bis 75 Prozent einschließlich ein Zuschlag von 20 vom Hundert und zu den höheren Unfallrenten sowie den Hinterbliebenen- und Waisenrenten ein Zuschlag von 33 1/2 vom Hundert zu zahlen ist.

Eine zeitgemäße Mahnung.

Einen zeitgemäßen und beherzigenden Aufruf hat der Vorstand der Buchdrucker-Verus-Gewerkschaft an Betriebsunter- nehmer und Versicherte gerichtet. Es heißt darin:

„Erfolgreiche Kämpfe fordern Tatkraft und Wachsamkeit! In unsern Betrieben hat sich ein ungeheurer Wandel vollzogen. Eingewöhnte und gewohnte Arbeitskräfte haben in großer Zahl ihre Plätze verließen. Kriegs- beschädigte, Frauen und Lehrlinge, die sich erst noch einzuarbeiten haben, sind an ihre Stelle getreten. Der ganze verwickelte Mechanismus unse- rer feingewerblichen Betriebe ist gestört und muß erst wieder zusammen- spielen.“

Dies ist der Boden, auf dem die Unfälle erpfriegen. Noch sind wir nicht in der Lage, zu erkennen, ob unsere dahinsiehende Beürteilung zureichend ist, aber wir wollen nicht, was das Unglück herbeiführt, sondern vorher unter Pflicht ergebend sein, belehrend, mahnend und warnend unsere Stimme zu erheben.

Die Mitglieder unserer Gewerkschaft ermahnen wir, für ihre Person wie auch durch ihre Betriebsleiter, unablässig dahin bemüht zu sein, die Arbeitstätigkeit ihres Betriebs, namentlich des neuereitretenden, dahin zu überführen, daß sie in unalltlicherer Weise vor sich geht. Niemand kann vor seinem Gewissen als verantwortlich, seinen Mitmenschen einen schweren Schaden dadurch zugefügt zu haben, daß er es an Belehrung und Anweisung zur rechten Zeit fehlen ließ. Sie sind wichtiger als alle Schutzvorrichtungen.

Die Versicherten seien eingedenk der Worte, die wir ihnen bereits vor zehn Jahren zurieten:

„Gute Glieder und volle Arbeitsfähigkeit sind das Kapital, auf dessen Ertragnisse der Arbeiter angewiesen ist und das zu erhalten sein unablässiges Bemühen sein muß.“

Nicht die Last, sondern ruhige Ernstigkeit befähigen zu großen Leistun- gen. Wer überlegen handelt, dem wird die Unfallgefahr nicht anhaften. Die Führer in den Versichertentreiben bitten wir um ihre Mitwirkung in diesem Sinne.

In den heutigen ersten Zeiten darf uns nicht ein Finger verloren gehen, der sich für das Vaterland zu rühren vermag.“

Es wäre gut, wenn alle Berufsorganisationen solche Mahnungen an die Unternehmer richten würden, und es wäre noch besser, wenn alle Unternehmer diese Mahnungen beherzigen würden. Auch die Arbeit- sätze a) und b) sind noch zwingender als sonst ermahnt werden, bestehende Unfallversicherungsbedingungen zu beachten, Vorrichtungen zur Unfallver- hütung zu benutzen, und auch sonst alles zu tun, was die Unfallgefahren vermindern kann.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Vor 25 Jahren.

Vom 14. bis 18. März 1892, also vor 25 Jahren, tagte der erste deutsche Gewerkschaftskongreß in Halberstadt. Auf dem Kongreß, der von 208 Delegierten besucht war, waren noch Vertreter aus den zahlreich bestehenden Lokalorganisationen zugegen. In der damals heiß umstrittenen Frage der Organisationsform standen sich vier Richtungen gegenüber: die für die Schaffung von Industrieer- bänden, Kartellverbänden unter berufsverwandten Zentralorganisationen, Zentralverbänden in der heutigen Form und Lokalorganisationen mit einem Vertrauensmännerstystem. Lokalorganisationen auf politischer Basis lehnte der Kongreß ab, worauf 12 von 36 Vertretern der Lokal- organisationen den Kongreß verließen und eine grundsätzliche Opposition ankündigten.

Als Richtschnur hat den deutschen Gewerkschaften in ihrer 25jährigen Tätigkeit gedient, was Legen auf dem Halberstädter Kongreß program- matisch in seiner Eröffnungsrede aufstellte:

„Daß die Gewerkschaftsorganisationen nicht die Lösung der sozialen Frage herbeiführen werden, daß sie zur Zeit aber wesentlich die Emanzi- pationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen können. Glück dem Pionieren haben die Gewerkschaften den Boden zu eben für eine höhere geistige Auffassung und durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Ver- jähmung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die geschichtliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstande zufällt, lösen zu können.“

Trotz vieler Anfeindungen in alter und neuer Zeit sind unsre Zentral- verbände sicher und unbeirrt ihren Weg gegangen. Daß er der richtige war, dafür zeugt der Erfolg. Ein Vergleich nur einiger Zahlen von vor 25 Jahren mit denen im Jahre 1913 — denn nur das kann im Vergleich gestellt werden, nicht irgendein Kriegsjahr — läßt dies offen- sichtlich erkennen. Es hatten:

	Zentral- verbände	Mit- glieder	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
	1892	1913	1892	1913	1892
	56	47	237 094	2 518 763	2 011 522
	1 786 271	7 494 562	616 415	88 069 295	

Und das Versehen von 12 369 Tarifverträgen für 1 845 454 Be- schäftigte in 133 760 Betrieben zeugt weiter für den praktischen Erfolg der jahrelang verpörrten Gewerkschaftsbewegung: mit möglichst geringen Kosten und Opfern für beide Parteien gültige Lohnverordnungen zu schaffen; ein Erfolg, der nur der wirtschaftlichen Erhaltung der Gewerkschaften zu danken ist.

Wieder, prima jetzt der Sticht der Zerstörungslust am fetten Koll- wal der Gewerkschaften empör, um vom stolzen Bau Zele abzurück- zu. Wenn das mit dem gleichen Erfolge geschieht wie in dieser 25jährigen Entwicklungsgeschichte, die ebenfalls nicht frei von solchen Versuchen war, dann wird den in Einigkeit und gegenseitigen Vertrauen von Massen und Führern errichteten Lebenswerk kein Schaden geschehen. In dieser Zuversicht werden die Gewerkschaften nach Kriegsende auch ihre nutzbringende Tätigkeit mit erneutem Eifer in gewohnter erfolgreicher Weise fortsetzen.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1916.

Das Vermögen des Bergarbeiterverbandes belief sich am Ende des Geschäftsjahres 1916 auf 4 006 585, Mark und war damit um 442 143 Mark höher als ein Jahr vorher. Damit ist das Vermögen wieder weit über den Stand hinausgewachsen, den es vor dem großen Massenstreik 1912 hatte. Von den Verbands- mitgliedern sind an 50 000 zum Heeresdienst eingezogen und schon über 3000 von ihnen gefallen. Die Bergbauindustrie hat zu Kriegsanfang teilweise unter Arbeitslosigkeit gelitten; alsbald trat wachsender Arbeitsmangel ein. Infolgedessen hatte der Bergarbeiterverband nur verhältnismäßig geringe Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Dafür zahlte er aber rund eine Million Extra- unterstützung aus der Zentralkasse an die Familien seiner im Felde stehenden Mitglieder, wozu noch ganz erhebliche Unterstützungen

aus den Lokalfassen kommen. Obgleich im verfloffenen Jahre abermals viele Tausende von Mitgliedern zum Heeresdienst einberufen wurden, erhöhte sich doch die Verbandseinnahme an Mitgliederbeiträgen um 46 124 Mk. auf 1 031 442 Mk. Da die einberufenen Mitglieder überwiegend in der höchsten Beitragsklasse zahlen, bedeutet die Zunahme der Beitragsbeiträge mehr, als die bloße Ziffer besagt. Nach den Abrechnungen sind 7860 Mk. an Eintrittsgeldern eingebracht worden. Das entspricht einer Aufnahme von 15 200 neuen Mitgliedern, die zwar größtenteils wieder durch Abgang zum Militär weitgehend wurde, aber die Tatsache einer so starken Mitgliederzunahme während des Krieges beweist doch, daß der Bergarbeiterverband sich eines großen Ansehens unter den Bergarbeitern erfreut. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu, daß der Verband „auch in diesem Jahre weiter nach vorwärts marschiert. Treten nicht ganz besonders schlimme Ereignisse ein, so ist zu erwarten, daß unser Verband den Krieg auf überlebt und nach Friedensschluß ein Organisationsheer aufzumarschieren lassen kann, mit dem unsere Gegner zu rechnen haben werden“.

Aus dem Gau 14 (Sitz Köln).

Ziel zu berichten ist in diesem Jahre aus dem Gau 14 nicht. In fast allen Bezirksstellen fehlt es an Arbeit; erst das dritte Quartal brachte darin eine kleine Besserung. Die Mitgliederzahl ging vom Jahresbeginn an zuerst ständig zurück. Ende 1915 waren 1902 Mitglieder vorhanden, 1935 am Ende des ersten, 1804 am Ende des zweiten und 1796 am Ende des dritten Vierteljahres. Dann setzte endlich eine Steigerung ein. Am Schlusse des Jahres 1916 waren 1978 Mitglieder vorhanden, also noch 16 mehr als bei Jahresbeginn. Allerdings muß hierbei erwähnt werden, daß der Ausgleich des Verlustes und der Gewinn ausschließlich der Bezirksstelle Köln zu verdanken ist. Von den 28 Bezirksstellen, die der Gau bei Beginn des Jahres hatte, gingen zwei — Solingen und Walsum — ein. Von den anderen 26 Bezirksstellen hatten 17 einen Rückgang, 3 hielten ihre Zahl und 5 hatten eine Zunahme von zusammen 12 Mitgliedern. Nur Köln hatte einen Aufschwung aufzuweisen; die Mitgliederzahl stieg dort um 325. Die beiden Bezirksstellen Solingen und Walsum mußten aufgegeben werden, weil dort keine Beiträge mehr gezahlt wurden. Solingen hatte im ersten Quartal noch 9 Mitglieder, davon wurden 5 gezahlt, da sie nicht mehr zahlten, und im zweiten Quartal folgten die anderen 4 Mitglieder nach. Hierbei wurde festgestellt, daß die beiden Bevollmächtigten den anderen Mitgliedern mit einem sehr schlechten Beispiel vorangegangen waren, indem sie schon seit Monaten keinen Beitrag mehr entrichtet hatten. Ähnlich so lag es in Walsum, wo allerdings nur noch zwei Mitglieder vorhanden waren. Den größten Mitgliederverlust hatte die Bezirksstelle Barmen, die 58 Prozent ihrer Mitglieder einbüßte. Die Ursache lag daran, daß hier eine riesige Anzahl von Papierfabriken geschlossen wurden und daß nun endlich die Mitgliederliste geäubert wurde. Im 1. Quartal hatten wir dort nur einen Umzug von 7 Marken pro Mitglied, im 4. dagegen 128; also ist jetzt das richtige Beitragsverhältnis erreicht. Als erfreuliche Tatsache muß hervorgehoben werden, daß jetzt überall das Bestreben besteht, die Mitgliederliste zu säubern.

Der Markenumsatz im Gau stieg von 10,9 im ersten auf 11,1 im zweiten, 12,1 im dritten und 15,2 im vierten Vierteljahr. Der Jahresdurchschnitt war 47,9; er würde höher sein, wenn nicht die erste Jahreshälfte so schlecht abgelaufen hätte. Neuaufnahmen wurden im Jahre 1464 gemacht. Hierbei sind jedoch nur 13 Bezirksstellen beteiligt, die 13 anderen haben im ganzen Jahre nicht ein einziges Mitglied aufgenommen. Köln steht auch hierbei an der Spitze; es hat allein 1063 Mitglieder aufgenommen, die in ihrer Mehrzahl durch Hauszuzüge gewonnen wurden. Seit dahinter kommt Düsseldorf mit 305 Aufnahmen. Die anderen 11 Bezirksstellen haben zusammen noch nicht 100 Aufnahmen gemacht. Sehr wichtig steht es mit Barmen-Eberfeld aus. Trotz der größten Mühe war es uns nicht möglich, dort auch nur eine einzige Aufnahme zu machen und auch nur eine Verammlung zustande zu bringen. Nur bei den paar Hilfsfabriken, von denen aber auch noch viel zu wenig vorhanden sind, ist kein einziger Kollege zu haben, der sich irgendwie agitatorisch betätigt. Man hebt es im „Köln“, radikale Projekte zu beschreiben, aber zu praktischer Arbeit kann man sich dort leider nicht aufraffen.

In den letzten Wochen des Jahres sind es endlich an, im Gau etwas Lebendiger zu werden. Die Arbeiterschaft in den Munitionsbetrieben, die im Gau zu Hunderten vorhanden sind, erwachen endlich aus ihrem langen Schlaf. Es wurde an verschiedenen Orten, wo derartige Betriebe vorhanden sind, wieder möglich, mit der Agitation einzugehen und Verammungen abzuhalten. Heute dürfen wir hier die berechtigten Hoffnungen aussprechen, daß das Jahr 1917 auch wieder Erfolge für den Verband bringen wird. Die Agitation sieht immer weitere Kreise, und da sie bisher noch nirgend zum Stillstand gekommen ist, so dürfen wir mit Recht erwarten, daß es nun überall wieder etwas vorwärts geht. Wir haben in den ersten 8 Wochen dieses Jahres mehr Erfolg zu verzeichnen und mehr Aufnahmen gemacht, als im ganzen Jahre vorher! Hoffentlich nehmen sich das auch die noch launigen Bezirksstellen zum Maßstab und beginnen jetzt endlich mit der Arbeit. Die Erfolge werden dann nicht ausbleiben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Der Herr Bürgermeister in der Versammlung. Am Sonntag, dem 11. März, fand in Handsfeld, Bezirk Breslau, eine Versammlung für Fabrikarbeiter statt. Kollege Grodman (Breslau) sprach über: Arbeiterkassen und Erhaltungskassen. Die von der Kommandantur erfolgte Genehmigung des Vortrags war dem Kollegen Grodman vom Bezirksamt telegraphisch mitgeteilt worden. Der Bericht dieser Versammlung war ein außerordentlich guter. Wieder sah man die Anwesenden in recht anschaulicher Weise vor Augen, wie während des Krieges an Stelle des Mannes die Frau in alle Gewerkschaften eintritt. Die Notwendigkeit der Organisation mußte festgestellt und die Frau einbezogen. Die Erhaltungskasse forderte gebieterisch, daß sich die Frauen eine Stelle schaffen, von der aus ihre Interessen am wirkungsvollsten vertreten werden. Daraus Beispiele wurde den Anwesenden gezeigt, welche Erfolge bereits die Gewerkschaften auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens für die Arbeiterschaft erreicht haben. Der einzige Weg, der ungeheure Leiden der Arbeiterinnen zu lindern, sei der Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen in großen leistungsstarken Zentralverbänden.

Es wurde auch über die Verarmungspolitik gesprochen, ohne das scheint es im Landkreis Breslau nicht zu gehen. Eine letzte Diskussion legte ein. Die Frauen machten ihren Herzen Luft über die unangenehme Verteilung der Lebensmittel in Handsfeld. Auch andere Lebensstände kamen zur Sprache. Einen interessanten Abschluß fand die Versammlung durch die spätere Aussprache des Bürgermeisters. Der Versammlungsleiter sagte dem Herrn, es sei zu den vorgeschlagenen Wünschen sich zu äußern wünsche. Das geschah. Der Bürgermeister versprach sich dagegen, irgend etwas unterlassen zu haben, um der Bevölkerung geholfen zu werden. Er sagte sehr gern schändliche und auch mündliche Beschwerden entgegen und werde dann schon für Abhilfe sorgen.

Wer es nicht noch etwas anders mit dem Herrn Bürgermeister besprochen, was ihm persönlich unangenehm zu sein schien. Einige Tage vor der Versammlung hatte er mit dem Herr des Lokals gesprochen und seiner Ermahnung darüber Ausdruck verliehen, daß der Herr zum Lokal zu dieser Versammlung hergekommen habe. Er habe ihm dabei zu verstehen gegeben, daß es vielleicht besser wäre, wenn er in Zukunft von „solchen Dingen“ Abstand nehmen würde. Es war ihm demnach schon ein wenig unangenehm worden. Diese Angelegenheit brachte der Herr Kollege Grodman zur Sprache und sagte sich mit dem Bürgermeister darüber auseinander. Er sagte: Zunächst hat über die Genehmigung einer Versammlung nicht der Bürgermeister, sondern die Kgl. Kommandantur zu befinden, und wenn er das Lokal für zu klein befände, so wäre das höchstens ein Grund, die Versammlung gegebenenfalls abzusagen, aber nicht von dem Herr in solcher Weise zu beschuldigen. In irgendeinem Lokal müssen doch die Frauen zusammenkommen um ihre Not gemeinsam besprechen zu können. Mit solcher Redeweise wurde der Herr Kollege Grodman beruhigt, er sagte er sei froh, daß der Herr Kollege Grodman die Idee der Erhaltungskasse so verständlich und auch mündlich besprochen entgegen und werde dann schon für Abhilfe sorgen.

Der Bürgermeister sprach daraufhin dem Kollegen Grodman seine Anerkennung über die sachliche und vornehme Art und Weise aus, mit welcher er die Angelegenheit zur Sprache gebracht hätte. Er machte dann noch einige Ausführungen, die wohl als Entschuldigung gelten sollten. Damit fand die Versammlung ihren Abschluß. — 28 Frauen traten dem Verbande bei.

Wir sehen also auch hier, daß immer noch Versuche unternommen werden die Arbeiterschaft zu unterdrücken, und es kann nicht scharf genug verurteilt werden, daß in dieser schweren Zeit der Arbeiterschaft Knäuel zwischen die Beine geworfen werden.

Essen (Ruhr). In den Betrieben, wo das Verhalten der Meister und Beamten den Arbeitern und besonders den Arbeiterinnen gegenüber alles zu wünschen übrig läßt, wo überhaupt Verhältnisse herrschen, die jeder Beschreibung spotten, gehört das Munitionsküchlein Herlitzsch u. Ko. in Kerp bei Essen. Einen Arbeiter-Ausschuß kennt man dort nicht, und die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über die Wahl eines Ausschusses wurden als Luft behandelt. Um der Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, sich über die Mißstände auszusprechen zu können, war von der Ortsverwaltung unter dem Verbandes in Essen am 10. März eine Betriebsversammlung anberaumt, die sich eines sehr zahlreichem Besuches erfreute. Gauleiter Kollege Funk referierte über das Hilfsdienstgesetz. Er wies auf die Mängel und Vorteile dieses Gesetzes hin und bewies, daß es der Arbeiterschaft möglichst sei, mittels der Organisation und Ausnutzung der Vorteile des Gesetzes bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen und die Mißstände abstellen zu können. In den Ausschuß, der ja baldmöglichst gewählt werden müsse, gehören Vertreter hinein, die die Interessen ihrer Wählerkreise auch tatkräftig vertreten können. Die Organisation müsse Einzug halten in die Betriebe, denn Organisation ist heute die Lösung. — Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine Ausführungen. In der Aussprache wurde den Ausführungen allgemein zugestimmt. Eine Resolution, die aufforderte, sich der Organisation anzuschließen, fand einstimmige Annahme. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die vorstellig werden soll, damit die Ausschüßwahlen baldmöglichst vorgenommen werden und die Befestigung der Mißstände erfolgt. Mit der nachmaligen Aufforderung, sich der Organisation anzuschließen, der über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen Folge leisteten, wurde die Versammlung geschlossen.

Kollegen und Kolleginnen! Nun liegt es an euch, wenn wir hier unser Ziel erreichen wollen. Es genügt nicht, jetzt als zahlendes Mitglied in die Mitgliederliste aufgenommen zu sein. Wir hoffen, nicht nur zahlend, sondern auch werdende Kollegen und Kolleginnen gewonnen zu haben. Wir müssen eifrig dazu arbeiten, alle neu abweisenden Arbeitsbrüder und -schwestern für die Organisation zu gewinnen; wir dürfen nicht eher ruhen, ehe wir nicht die ganze Arbeiterschaft in der Organisation zusammengeschlossen haben. Zu unserem Besten und zum Vorteil der ganzen Arbeiterschaft.

München. Bericht vom 2. Halbjahr 1916. Im ersten Halbjahr 1916 konnten wir trotz widriger Verhältnisse über ein befriedigendes Ergebnis in unserer Zahlstelle berichten. Für das zweite Halbjahr ist das gleiche der Fall. Die Mitgliederzahl war 3681 am 1. Juli und 3740 am 31. Dezember 1916. Neuaufnahmen hatten wir im ersten Halbjahr 300, im zweiten Halbjahr 490, zusammen 790. Davon waren 350 männliche und 444 weibliche. Trotz dieser 790 Neuaufnahmen ist die Mitgliederzahl gegen Ende 1915 um 34 zurückgegangen. Ende 1916 hatten wir 1563 männliche und 2177 weibliche Mitglieder. Zum Kriegsdienst abgemeldet haben sich im verfloffenen Jahre 175 Mitglieder. Insgesamt sind von unserer Zahlstelle bis zum 31. Dezember 1916 1884 Kollegen zum Kriegsdienst einberufen. Als gefallen oder infolge des Krieges gestorben gemeldet sind 129 Kollegen. Es darf wohl angenommen werden, daß diese Zahl nicht ganz stimmt, denn es sind sicher nicht alle gemeldet worden.

Wie der Krieg hat auch die Teuerung aller Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsgüter ihren Fortgang genommen. Durch Erhöhung bereits gewohnter Teuerungszulagen konnte die durch die Teuerung erzeugte Not etwas gemildert werden. Von einer vollständigen Ausgleitung kann natürlich nicht die Rede sein. Nachstehende Betriebe haben auf Grund von Verhandlungen mit der Zahlstellenleitung die Teuerungszulage ihrer Arbeiterschaft wie folgt erhöht:

- Bettfedernfabrik Schöpflin u. Adler: Für Arbeiter von 2 Mk. auf 4 Mk. und für Arbeiterinnen von 1,50 Mk. auf 3 Mk. pro Woche. — Kottigleierfabrik: Für Arbeiter von 1 Mk. auf 3 Mk. und für Arbeiterinnen von 1 Mk. auf 2 Mk. pro Woche. — Bayerische Handelsbank, Gerreidelager: Für Arbeiter von 4 Mk. auf 6 Mk. und für Arbeiterinnen 2 Mk. pro Woche. — Sägereiarbeiter: Von 3 Mk. auf 5 Mk. pro Woche, für diese Arbeiter wurde gleich festgelegt, daß am 1. April 1917 diese Zulage von 5 Mk. auf 7 Mk. pro Woche erhöht wird. — Papierfabrik Daga u. Co.: Für Arbeiter von 3 Mk. auf 5,40 Mk., für Arbeiterinnen von 2,40 Mk. auf 3,60 Mk. pro Woche. Diese Erhöhung um 40 Pf. pro Tag für Arbeiter und 20 Pf. für Arbeiterinnen wurde zum Lohn hinzugezählt und gilt als fester Lohn. — Diamantfabrik Alldorf: Für Männer von 5 Mk. auf 9 Mk. und für Frauen von 3,50 Mk. auf 5,50 Mk. pro Woche. — Hausmüllverwertung Buchheim: Für Arbeiter von 3 Mk. auf 4 Mk. und für Arbeiterinnen von 1,50 Mk. auf 2 Mk. pro Woche. — Chem. Fabrik Jzaria: Hier kommen nur Arbeiterinnen in Betracht, Erhöhung der Zulage für diese von 1,80 Mk. auf 2,40 Mk. pro Woche. Bretterlagerarbeiter: Diese Arbeiter erhalten eine Erhöhung der Zulage von 7 Mk. auf 11 Mk. pro Woche. — Holzhandlung Viktor Mayer: Für Arbeiter von 6 Mk. auf 8 Mk. pro Woche. — Gadenfortieranstalt Gebr. Wolff: Für Arbeiter von 6 Mk. auf 9 Mk. und für Arbeiterinnen von 3 Mk. auf 5,70 Mk. pro Woche. — Waggonfabrik Rathgeber, Wosch: Für versch. Arbeiter von 2 Mk. auf 3 Mk., für led. Arbeiter von 1 Mk. auf 2 Mk. pro Woche. Des weiteren erhalten vier Arbeiter mit 1 bis 2 Kindern unter 15 Jahren noch eine Mark, solche mit 3 und mehr Kindern noch 2 Mk. pro Woche Zulage. Arbeiterinnen erhalten eine Teuerungszulage von 2 Mk. pro Woche. Ferner versch. Arbeiterinnen mit 1 bis 2 Kindern erhalten 50 Pf., solche mit 3 und mehr Kindern unter 15 Jahren 1 Mk. pro Woche mehr.

Mit der Konzervenfabrik Joh's Gärtn wurde vom 16. Dezember 1916 an der 7. Teuerungszulage erneuert und wiederum auf ein Jahr abgeschlossen. An Verbesserungen wurden erreicht eine Erhöhung der wöchentlichen Löhne um 5 Pf. pro Stunde für Arbeiterinnen und Arbeiter. Dazu noch eine Teuerungszulage von 3 Pf. pro Stunde für Arbeiterinnen. Der Zuschlag für Lebensmittel wurde von 3 auf 5 Pf. pro Stunde erhöht. An der Arbeiterschaft dieses Betriebes liegt es nun, sich diese Verbesserungen zu erhalten und in Zukunft weiter auszubauen. Dazu gehört eine gute Organisation, an deren Festigung alle mitarbeiten müssen.

Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im zweiten Halbjahr 37007,35 Mk., desgleichen die Ausgaben. Von den Ausgaben entfallen 881,70 Mk. auf Arbeitslosenunterstützung, 10 387,90 Mk. auf Krankenunterstützung, 145 Mk. auf Umzugsgeld und 2505 Mk. auf Sterbegeld. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ist gegen das erste Halbjahr um 1139 Mk. und das für Krankenunterstützung um 1312,50 Mk. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist erfreulich, zeigt er doch, daß der Beschäftigungsstand auch für Arbeiterinnen besser geworden ist.

Wenn auch nicht allen Wünschen, die in dieser schweren Zeit zu erfüllen wären, Rechnung getragen werden konnte, so muß doch gesagt werden, daß durch diesen Verband sehr viel erreicht wurde und das Schicksal unserer gemeinsamen Arbeit als ein günstiges betrachtet werden muß. Dieses muß uns Veranlassung geben, auch im Jahre 1917 tüchtig zusammenzuarbeiten und die Agitation zu fördern. Die 790 Neuaufnahmen, die im vergangenen Jahre trotz ungünstiger Verhältnisse gemacht wurden, sind in der Hauptsache in Betriebsversammlungen und durch Agitation durch die Betriebskassen erreicht worden. Die Werbung neuer Mitglieder darf aber nicht den Betriebskassen allein überlassen werden, sondern es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, hier mitzuhelfen. Es gibt nur zu viele Mitglieder, die den anderen die Arbeit überlassen.

Weiter sind auch im abgelaufenen Jahre dem Verbands wiederum eine Anzahl zum Teil schon ältere Mitglieder unter geworden. Diese sind aus dem gleichen Grunde wie die Unorganisierten, sie kommen aus den Erdrückungen nicht heraus und haben bei jeder Gelegenheit das „Ja, wenn und aber“ im Munde. Die Verhältnisse sind jedoch so, und das überlegen muß die guten Leute, daß sie kein „Wenn und Aber“ zulassen, sondern hier gibt es nur ein „Entweder-Der“. Entweder mit seinen Arbeitsbrüder und -schwestern in den Reihen der Organisation an der Verbesserung der eigenen Lage und der jener Angehörigen nachzuarbeiten, oder sich bedingungslos der Willkür der Arbeitgeber preiszugeben. Die Wahl dürfte bei einigen Nachdenkenden nicht schwer sein. E. Kadr.

Rundschau.

Anton Schrammel †

In der Nacht vom 11. zum 12. März starb in Wien Genosse Anton Schrammel, der Vorsitzende unseres österreichischen Bruderverbandes. Als gern gesehener Gast auf unsern Konferenzen und Verbandstagen ist Schrammel weiteren Kreisen in unserm Verbands bekannt geworden. Wenn er uns dort die Grüße unserer Freunde aus Oesterreich überbrachte, waren seine wohl abgewogenen Worte immer durchglüht von jener christlichen Bewunderung des deutschen Organisationswesens, die man bei so vielen Oesterreichern findet, und der Genosse Schrammel immer wieder, auch im persönlichen Verkehr, Ausdruck gab. Sein Schmerz war, daß die von ihm geleitete Organisation der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs hinter dem Deutschen Fabrikarbeiterverband weiter zurückließ, als in dem Verhältnis der Industrie begründet war. Nach der Aufspaltung der Tschechen war er besonders verbittert, weil dadurch Tausende dem Verbands entzogen wurden, die zugleich der Arbeiterbewegung überhaupt verloren gingen.

Kurz vor Ausbruch des Krieges war Schrammel noch als Gast auf unserm Verbandstag in Stuttgart. Obwohl schon kranklich, folgte er doch mit nimmermüder Aufmerksamkeit den Verhandlungen. Besonderes Interesse zeigte er für die damals die Gemüter erregende Frage der Organisationsform. Die Ausstellung über die Unfallgefahren in der chemischen Industrie, die mit dem Verbandstage verbunden war, hatte in ihm einen ihrer eifrigsten und aufmerksamsten Besucher. Kurz darauf veröffentlichte er eine leistungswerte Schrift über die Unfallgefahren in der chemischen Industrie Oesterreichs in der die Tätigkeit unseres Verbandes auf dem Gebiete des Unfallchutzes rühmend hervorhob.

Dann kam der Krieg mit seinen verberblichen Folgen. Die gewerkschaftlichen Organisationen Oesterreichs litten unter den Kriegseingriffen weit mehr als die Deutschlands. Der vom Genossen Schrammel geleitete Verband verlor seiner sehr erheblichen Zahl seiner Mitglieder. Alle Arbeit, den Rückgang aufzuhalten, war vergeblich. Das wird auf den Gesundheitszustand des Genossen Schrammel, der sein Lebenswert in Trümmer fallen sah, nicht eben günstig eingewirkt haben. Anton Schrammel wurde am 13. November des Jahres 1854 geboren. Von früher Jugend an hat er sich ganz dem Freiheitskampf des Proletariats hingewidmet. Begabung, Fleiß und leidenschaftlicher Eifer führten ihn zu hervorragenden Vertrauensstellungen. Drechsler von Beruf, trat er zunächst in der Organisation seiner Berufscollegen hervor und leitete, nachdem er wegen seiner Verbandstätigkeit gemäßigter war, von 1890 bis 1896 das Verbandsorgan. Dann wurde er Redakteur der sozialdemokratischen „Neunkirchner Volkszeitung“ und drei Jahre später am „Volksrecht“ in Wulffig. Schon 1897 sandte ihn nach unter dem alten Kurienwahlrecht der Kreiswahlkreis Leitmeritz in den Reichsrat. Seit der ersten Wahl unter dem gleichen Wahlrecht 1907 vertrat er den Wahlkreis Wulffig, unterlag aber 1911 einer Koalition aller bürgerlichen Parteien. Im Parlament trat Schrammel besonders durch seinen Kampf für das Wahlrecht der Eisenbahner für Sozialgeetze und gegen die Lebensmittelteuerung hervor. Das Verbots des weißen Phosphors bei der Rindholzfabrikation wurde in Oesterreich nach einem von Schrammel eingebrachten Gesetzentwurf ausgeprochen. Auch sechs Monate schweren Kerkers für eine angeblich aufreizende Rede sind dem tapferen Arbeiterführer nicht erspart geblieben. Sein letzter Wunsch war der, den etwa für Kränze zu seinem Begräbnis gewidmeten Betrag dem Roten der Gewerkschaften zuzuwenden. So galt sein Denken und Streben bis zum letzten Atemzuge lediglich dem Wohle des Arbeitervolkes, dem er sein Leben gewidmet hatte.

Endlich!

Endlich wird im Reiche Ernst gemacht mit der Behebung der Ernährungsnotwendigkeiten. Wie die Tagespresse mitteilt, ist jetzt eine — Kalkinigungs-Gesellschaft gebildet worden, die am 20. März ihre Tätigkeit aufnimmt. Wenn also demnächst einmal irgendwo Mäde sich zeigen und wenn diese Mäde von ausländischen Fischern gefangen werden und wenn diese gefangenen Mäde an Deutschlands neue Kalkinigungs-Gesellschaft weitergegeben werden, und wenn die Mäde dann nicht auf dem Transport abhanden kommen oder sich, nach bekanntem Muster, in eine unbestimmbare, in Blechbüchsen gefüllte Masse verwandeln — dann kann es passieren, daß wir demnächst einmal richtige Mäde essen, bewahren, ansetzen dürfen. Sie werden dann in den Fenstern der großen Fischgeschäfte leuchtig glänzend prunkeln, das Bind zu zehn Mark oder mehr. Die feißbüchigen Kriegs-gewinnmacher und die sonst mit Reichthümern gezeigter Zeitgenossen, die schon den ganzen Völkervorrat Deutschlands marktreife verfertigt haben: werden diese neue Bereicherung ihrer ohnehin nicht einträglichen Existenz: schmügelnd begrüßen. Die schwer schmerzenden Arbeiter aber müssen sich begnügen mit den mehr als bescheidenen Zeit- und Fleischmengen, die ihnen zugewiesen werden, und dürfen sich trösten mit dem Bewußtsein, daß wir mit der Gründung der Kalkinigungs-Gesellschaft der lächerlosen Organisation unserer Ernährungs-Gesellschaft wieder ein gut Stück nähergekommen sind. Es ist sogar anzunehmen, daß auch die lächerliche Ernährung der vielen neuen Kriegswirtschafts-Organisations-mitglieder sichergestellt ist. Leider gibt es in Deutschland noch einige Leute, die noch nicht in einer Kriegsgesellschaft Platz gefunden haben. Hoffentlich gelingt es recht bald, dem Mangel abzuhelfen.

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Blaue Monatskarten — gelbe Quartalskarten. Mit der Nr. 13 des „Proletariats“ werden den Zahlstellen auch die Statistikkarten zugeandt. Zahlstellen, die diese Karten nicht erhalten sollten, wollen dieselben umgehend beim Vorstand bestellen. Für den Monat März ist eine blaue Monatskarte und eine gelbe Quartalskarte einzusenden. Als Stichtag für die Arbeitslosen gilt der 31. März. Die statistischen Karten müssen bis zum 4. April in Hannover sein, da bis zum 10. April das Ergebnis der statistischen Aufnahme an das Statistische Amt gesandt werden muß. Zahlstellen, die die Karten überhaupt nicht oder zu spät ein-senden, werden im „Proletarier“ namentlich veröffentlicht. Vom 13. März an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Breslau 55,—, Letmatzke 6,—, Völnsburg 77,40. Bitterfeld 600,—, Danzig 131,06. Grönsleben — 65. An Berichtserstattungen gingen ein: Danzig — 45. Schluß: Montag, den 13. März, mittags 12 Uhr. Fr. Brunz, Kassierer.